Vorwort

Der Studienband zur Geschichte des mit dem „Februarpatent“ vom 26. Februar 1861 begründeten Landesparlamentarismus der ehemaligen Kronländer des nichtungarischen Teils der Habsburgermonarchie ist das überarbeitete und ergänzte Ergebnis einer Prager Tagung des Jahres 2011. Die kaiserliche Verordnung von 1861 enthielt neben dem „Grundgesetz über die Reichsvertretung“, das war der Reichsrat als oberste politische Repräsentativkörperschaft des Staates, auch Landes-Ordnungen und Landtags-Wahlordnungen für die einzelnen Kronländer.

Die Initiative zur Erinnerung an ein Ereignis, das, wie fast alles in der „Konfliktgesellschaft“ des alten „Kakanien“, heftig umstritten war, aber doch den bleibenden Anfang für den modernen Parlamentarismus in Mitteleuropa bildete, ging vom Abgeordnetenhaus der Tschechischen Republik aus. Die Durchführung übernahm das Masaryk-Institut und Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften unter der Federführung von Luboš Velek. Weil der Anstoß für die Entwicklung des Parlamentarismus aber von Wien ausging und innerhalb „Cisleithaniens“ der Gegensatz zwischen der böhmisch-föderalistischen und österreichisch-zentralistischen Position (Helfert-Palacký) eine zentrale Rolle spielte, wurde eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Masaryk-Institut und der Kommission für die Geschichte der Habsburgermonarchie (nunmehr Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung) an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vereinbart.

Dass sich die österreichische und die tschechische Geschichtswissenschaft der Geburtsstunde des Parlamentarismus auf der Ebene des habsburgischen Gesamtstaates und jener der „Königreiche und Länder“ erinnern, ist nicht selbstverständlich. Das Verhältnis zwischen Wien und Prag war weder in der Geschichte noch ist es in der Gegenwart frei von Irritationen, aber letztlich doch vom Bewusstsein eines gemeinsamen Schicksals in der Vergangenheit wie in der Gegenwart getragen. Wenn Alexander Mitscherlich mit seiner Forderung Recht hat, dass man sich „erinnern“ muss, wenn man historisch bedingte Probleme entschärfen will, dann ist es legitim, sich der Schwierigkeiten dieser gemeinsamen Vergangenheit zu entsinnen. Es war daher naheliegend, für die wissenschaftliche Bearbeitung der Probleme der

Verfassung von 1861 eine Zusammenarbeit zwischen Prag und Wien in Anspruch zu nehmen und dabei in besonderer Weise die Rolle der Habsburgermonarchie ins Auge zu fassen. Die Publikation der Vorträge der Veranstaltung, weitgehend reduziert auf Österreich und die Tschechische Republik, in Wien ist nicht nur Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, sondern soll auch eine Dokumentation der politischen Positionierung Österreichs und der Tschechischen Republik im Europa der Gegenwart sein. Denn die Geschichte des habsburgischen Mitteleuropa ist nicht Vergangenheit, die ungelösten und die Beziehungen der Völker belastenden Probleme, an deren Lösung die Konfliktpartner seinerzeit versagt haben, wirken bis in unsere Gegenwart. Manche von ihnen sind bis heute ungelöst geblieben.

Helmut Rumpler, Wien, November 2014